

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Baden-Württemberg

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von 102 EUR je Einwohner fällt in Baden-Württemberg deutlich höher als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner).

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Baden-Württemberg mit einem Wachstum von 8,9 % ebenfalls über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 1.727 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den steuerstarken Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 689 EUR je Einwohner liegen diese in Baden-Württemberg über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 431 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) übertroffen. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 988 EUR je Einwohner in Baden-Württemberg unter dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen in Baden-Württemberg im vergangenen Jahr um -5,8 % auf nun 15 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Baden-Württemberg damit rund 1,5 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Bayern

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmergeien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von 48 EUR je Einwohner fällt in Bayern höher als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner).

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Bayern mit einem Wachstum von 3,8 % hingegen unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steuer-aufkommen von 1.798 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den steuerstarken Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 868 EUR je Einwohner liegen diese in Bayern deutlich über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 595 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) übertroffen. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 1.215 EUR je Einwohner in Bayern unter dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. So stiegen die Zinsausgaben der Kommunen in Bayern im vergangenen Jahr um 2,2 % auf nun 16 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Bayern damit rund 1,3 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmergeien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Brandenburg

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von -36 EUR je Einwohner fällt in Brandenburg deutlich niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner). Damit ist Brandenburg eines der sechs Bundesländer, die im Jahr 2022 trotz des gesamtdeutschen Überschusses ein Defizit der kommunalen Ebene verzeichnen.

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Brandenburg mit einem Wachstum von -1,6 % ebenfalls unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 995 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den steuerschwachen Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 588 EUR je Einwohner liegen diese in Brandenburg unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 365 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 574 EUR je Einwohner in Brandenburg unter dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen in Brandenburg im vergangenen Jahr um -20,8 % auf nun 6 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Brandenburg damit rund 1,0 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Hessen

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von 24 EUR je Einwohner fällt in Hessen niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner).

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Hessen mit einem Wachstum von 7,1 % hingegen über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 1.962 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den steuerstarken Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Anders verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 546 EUR je Einwohner liegen diese in Hessen unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 334 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 2.420 EUR je Einwohner in Hessen über dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen in Hessen im vergangenen Jahr um -7,7 % auf nun 48 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Hessen damit rund 2,0 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 *für Mecklenburg-Vorpommern*

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von 91 EUR je Einwohner fällt in Mecklenburg-Vorpommern deutlich höher als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner).

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern mit einem Wachstum von 10,1 % ebenfalls über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 973 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den steuer-schwachen Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Anders verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 635 EUR je Einwohner liegen diese in Mecklenburg-Vorpommern über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Hingegen wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 373 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 1.007 EUR je Einwohner in Mecklenburg-Vorpommern unter dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. So stiegen die Zinsausgaben der Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern im vergangenen Jahr um 8,3 % auf nun 12 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Mecklenburg-Vorpommern damit rund 1,2 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 *für Niedersachsen*

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von -18 EUR je Einwohner fällt in Niedersachsen deutlich niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner). Damit ist Niedersachsen eines der sechs Bundesländer, die im Jahr 2022 trotz des gesamtdeutschen Überschusses ein Defizit der kommunalen Ebene verzeichnen.

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Niedersachsen mit einem Wachstum von 9,4 % hingegen über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 1.396 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den eher steuer-schwachen Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 526 EUR je Einwohner liegen diese in Niedersachsen unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 336 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 1.854 EUR je Einwohner in Niedersachsen über dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. So stiegen die Zinsausgaben der Kommunen in Niedersachsen im vergangenen Jahr um 0,3 % auf nun 28 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Niedersachsen damit rund 1,5 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Nordrhein-Westfalen

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kammereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von -14 EUR je Einwohner fällt in Nordrhein-Westfalen deutlich niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner). Damit ist Nordrhein-Westfalen eines der sechs Bundesländer, die im Jahr 2022 trotz des gesamtdeutschen Überschusses ein Defizit der kommunalen Ebene verzeichnen.

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Nordrhein-Westfalen mit einem Wachstum von 6,8 % ebenfalls unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 1.624 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den steuerstarken Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Anders verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 534 EUR je Einwohner liegen diese in Nordrhein-Westfalen unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 270 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 2.868 EUR je Einwohner in Nordrhein-Westfalen über dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen in Nordrhein-Westfalen im vergangenen Jahr um -5,8 % auf nun 38 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Nordrhein-Westfalen damit rund 1,3 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kammereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Rheinland-Pfalz

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von 228 EUR je Einwohner fällt in Rheinland-Pfalz deutlich höher als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner).

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Rheinland-Pfalz mit einem Wachstum von 13,7 % ebenfalls über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 1.616 EUR je Einwohner zählt das Bundesland mittlerweile zu den steuerstarken Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Anders verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 487 EUR je Einwohner liegen diese in Rheinland-Pfalz deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 327 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 2.982 EUR je Einwohner in Rheinland-Pfalz über dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen in Rheinland-Pfalz im vergangenen Jahr um -7,3 % auf nun 40 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Rheinland-Pfalz damit rund 1,3 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 *für das Saarland*

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von -180 EUR je Einwohner fällt im Saarland deutlich niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner). Damit ist das Saarland eines der sechs Bundesländer, die im Jahr 2022 trotz des gesamtdeutschen Überschusses ein Defizit der kommunalen Ebene verzeichnen.

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen im Saarland mit einem Wachstum von 4,5 % ebenfalls unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 1.215 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den eher steuer-schwachen Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 409 EUR je Einwohner liegen diese im Saarland deutlich unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 188 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 2.739 EUR je Einwohner im Saarland über dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen im Saarland im vergangenen Jahr um -7,8 % auf nun 52 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen im Saarland damit rund 1,9 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Sachsen

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von -84 EUR je Einwohner fällt in Sachsen deutlich niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner). Damit ist Sachsen eines der sechs Bundesländer, die im Jahr 2022 trotz des gesamtdeutschen Überschusses ein Defizit der kommunalen Ebene verzeichnen.

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Sachsen mit einem Wachstum von 0,7 % ebenfalls unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 1.032 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den eher steuer-schwachen Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 563 EUR je Einwohner liegen diese in Sachsen unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 351 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 658 EUR je Einwohner in Sachsen unter dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. So stiegen die Zinsausgaben der Kommunen in Sachsen im vergangenen Jahr um 1,1 % auf nun 7 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Sachsen damit rund 1,0 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Sachsen-Anhalt

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kammereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von -11 EUR je Einwohner fällt in Sachsen-Anhalt deutlich niedriger als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner). Damit ist Sachsen-Anhalt eines der sechs Bundesländer, die im Jahr 2022 trotz des gesamtdeutschen Überschusses ein Defizit der kommunalen Ebene verzeichnen.

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Sachsen-Anhalt mit einem Wachstum von 14,3 % hingegen über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 997 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den steuerschwachen Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 592 EUR je Einwohner liegen diese in Sachsen-Anhalt unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Hingegen wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 417 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) übertroffen. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 1.304 EUR je Einwohner in Sachsen-Anhalt unter dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen in Sachsen-Anhalt im vergangenen Jahr um -0,4 % auf nun 11 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Sachsen-Anhalt damit rund 0,8 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kammereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Schleswig-Holstein

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmergeien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von 88 EUR je Einwohner fällt in Schleswig-Holstein höher als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner).

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Schleswig-Holstein mit einem Wachstum von 11,2 % ebenfalls über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 1.457 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den eher steuerschwachen Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 597 EUR je Einwohner liegen diese in Schleswig-Holstein unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Hingegen wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 420 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) übertroffen. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 1.667 EUR je Einwohner in Schleswig-Holstein unter dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen in Schleswig-Holstein im vergangenen Jahr um -9,6 % auf nun 26 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Schleswig-Holstein damit rund 1,6 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmergeien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.

Regionale Einordnung der Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 für Thüringen

Die Ergebnisse des KfW-Kommunalpanels 2023 zeigen, dass die kommunale Ebene die zahlreichen Krisen zwar bisher gut überstanden hat, aber dennoch viele Kommunen äußerst pessimistisch in die Zukunft blicken. Rund 73 % der bundesweit befragten Kämmerereien gehen für die nächsten Jahre von einer negativen Entwicklung der Finanzlage aus. Ein Grund für das Auseinanderfallen von Stimmungslage und Gesamtbild sind die regionalen Unterschiede, die bei alleiniger Betrachtung der gesamtdeutschen Zahlen übersehen werden.

So hat die kommunale Ebene das Jahr 2022 zwar insgesamt mit einem Haushaltsüberschuss von 2,6 Mrd. EUR abgeschlossen, dennoch gaben im KfW-Kommunalpanel 2023 knapp 13 % der Kommunen an, dass sie für 2022 ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen müssen. Der Haushaltssaldo von 175 EUR je Einwohner fällt in Thüringen deutlich höher als im bundesdeutschen Durchschnitt aus (33 EUR je Einwohner).

Bei der Entwicklung der Steuereinnahmen liegen die Kommunen in Thüringen mit einem Wachstum von 8,2 % ebenfalls über dem gesamtdeutschen Durchschnitt (7 %). Mit einem Steueraufkommen von 984 EUR je Einwohner zählt das Bundesland zu den steuerschwachen Ländern in Deutschland (Bundesdurchschnitt 1.560 EUR je Einwohner). Ebenso verhält es sich bei den kommunalen Investitionen: Mit 528 EUR je Einwohner liegen diese in Thüringen unter dem gesamtdeutschen Durchschnitt (619 EUR je Einwohner). Auch wird bei den Ausgaben für Baumaßnahmen mit 379 EUR je Einwohner der gesamtdeutsche Durchschnitt (385 EUR je Einwohner) unterschritten. Insgesamt rechnen die im KfW-Kommunalpanel 2023 befragten Kommunen mit einem Anstieg der Investitionen im Jahr 2023 um rund 4,4 % auf 43,1 Mrd. EUR.

Im KfW-Kommunalpanel 2023 gaben die Kommunen in Deutschland an, dass sie rund 25 % ihrer Investitionen über Kommunalkredite finanzieren. Die Verschuldung liegt mit 876 EUR je Einwohner in Thüringen unter dem bundesdeutschen Schnitt (1.800 EUR je Einwohner). Die steigenden Zinsen verteuern diesen Finanzierungsweg zukünftig. Zwar sanken die Zinsausgaben der Kommunen in Thüringen im vergangenen Jahr um -9,3 % auf nun 19 EUR je Einwohner (der gesamtdeutsche Durchschnitt liegt bei 26 EUR); im Durchschnitt bezahlten die Kommunen in Thüringen damit rund 2,2 % Zinsen auf ihre Kreditverschuldung. Der gegenwärtige Leitzins der EZB liegt mit 3,75 % aber deutlich darüber. In der Folge erwarten 75 % der im KfW-Kommunalpanel bundesweit befragten Kämmerereien schlechtere Kreditkonditionen für die Zukunft.

„Die verschiedenen Krisen in enger Abfolge zeigen: Das Gemeindefinanzsystem braucht mehr Stabilität, um Tagesgeschäft, transformative Herausforderungen wie Digitalisierung oder Klimaschutz und die akute Krisenbewältigung gleichzeitig zu gewährleisten“, kommentiert KfW-Chefvolkswirtin Dr. Fritzi Köhler-Geib anlässlich der heutigen Veröffentlichung des KfW-Kommunalpanels 2023 in Frankfurt am Main die Ergebnisse. „Gerade finanzschwache Kommunen müssen in Krisen längerfristige Investitionen aufschieben, um die akute Finanznot zu lindern. Aber auch finanzstarke Kommunen geraten angesichts der Vielzahl an Herausforderungen an Grenzen. Mit Blick auf die großen Investitionsbedarfe der Kommunen gilt es dieses ‚Entweder-Oder‘ zwischen Transformation und Krisenbewältigung zu vermeiden und kommunale Aufgaben und Einnahmen wieder stärker in Einklang zu bringen“, so Köhler-Geib.